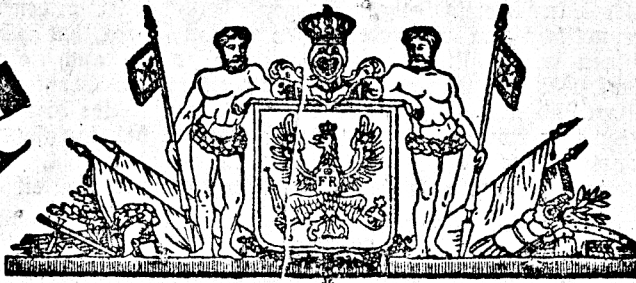


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 8.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33 1/2 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 285

Was Deutschland zahlen soll.

Die Rede des Finanzministers Klotz.

Der französische Finanzminister hat, wie schon kurz berichtet, in der Kammer eine Rede über die Zahlungen Deutschlands gehalten, die Frankreich zu erwarten habe. Die Ungenauigkeiten der ersten Wiedergabe werden jetzt einigermaßen durch einen zweiten ausführlicheren Bericht des Wolffschen Büros korrigiert. Ein abschließendes Urteil über die Rede wird man erst fällen können, wenn die Rede in vollständiger Form vorliegen wird. Wir werden dann, wie bei ähnlichen Gelegenheiten, einen ausführlichen Bericht über diese immerhin wichtigen Ausführungen veröffentlichen.

Nach der vorliegenden Darstellung hat Minister Klotz sich zunächst eine kleine Zahlenspielerlei geleistet, indem er die Kriegsausgaben der Alliierten zusammenrechnete. Er beziffert sie auf 870 Milliarden Francs. Um die Pensionen vermehrt sowie um die Zinsen von hundert Jahren würden 4500 Milliarden herauskommen. Diese Summe kann und soll Deutschland natürlich nicht zahlen, sondern es solle nur allem für die Wiedergutmachung sorgen, und damit beginnt nun der ernsthafte Teil der Rede.

Zunächst macht Klotz die bezeichnende Bemerkung, daß die Frage der Priorität der französischen Schuld noch nicht geregelt sei. Klotz zählt dann auf, welche Leistungen sich Frankreich von Deutschland bereits gesichert habe — eine Verteidigung der Regierung gegen die Angriffe der Rechten, daß man nicht genug aus Deutschland heraushole. In einem Zeitraum von zwei Jahren werde Frankreich einen noch zu bestimmenden Anteil von der Summe von 20 Milliarden Goldmark erhalten, einen weiteren noch zu bestimmenden Anteil auf Schatzscheine im Werte von 10 Milliarden Goldmark, und einen dritten noch zu bestimmen: Anteil auf die deutsche Handelstonnage und auf deutsche Farben. Während 10 Jahren erhalte Frankreich jedes Jahr 7 Millionen Tonnen Kohlen, die Rückerstattung der Okkupationskosten, das Recht, sich einen Teil der deutschen Interessen in Rußland zusprechen zu lassen, sowie hauptsächlich die Zahlung der Vorkriegsschulden nach der Valuta vor dem Kriege und endlich die Aufrechterhaltung aller Verträge, die für Frankreich von Nutzen sein können. Dazu komme, daß Elsaß-Lothringen schuldenlos an Frankreich zurückfalle, daß Frankreich das Recht habe, alle deutschen Werte in Marokko zu liquidieren, daß die Anteile Deutschlands an der Bank von Marokko auf Frankreich übergingen, und daß endlich ein Teil der deutschen Kolonien schuldenlos unter die französische Verwaltung komme. Das alles erhalte man vor dem 1. Mai 1921, und er begreife nicht, wie angesichts dieser Tatsachen Franklin Drouillon behaupten könne, das sei nichts.

Nach dieser Aufzählung dessen, was Deutschland jedenfalls zahlen wird, kommt die Berechnung dessen, was es zahlen soll. Klotz nennt die Summe von 463 Milliarden, nämlich 375 Milliarden und die Verzinsung für die entsprechenden Teilbeträge in 36 Jahren. Er stellt nun die Frage, ob Deutschland diese Summe zahlen könne, und sagt, die Antwort hänge von der Produktionsfähigkeit Deutschlands ab. Vor dem Kriege habe man die Zahlungsfähigkeit Deutschlands auf 10 Milliarden Goldmark berechnet; man könne unter Berücksichtigung der jetzigen Preiserhöhung deshalb mit einem doppelten Betrag rechnen. Es sei sogar möglich, daß diese Summe überbieten werde. Deutschland könne also zahlen; wieviel und nach welcher Modalität, das müsse die Wiedergutmachungskommission bis zur Festlegung der definitiven Schuld am 1. Mai 1921 feststellen. (Auf Grund deutscher Vorschläge, laut Friedensvertrag D. Red.)

Der Begriff „Zahlung“ ist in dieser Rede weit gefaßt. Er begreift jede Art von Leistung in sich. So verstand der Finanzminister auch, der Generalberichterstatter des Budgets Louis Marin, der sich darüber beschwerte, daß Frankreich von Deutschland kein Geld, sondern nur Waren erhalte. Das veranlaßte den Minister Loucheur zu einer scharfen Entgegnung, indem er sagte, Waren seien auch Geld, er werde in seiner Rede feststellen, was Deutschland zahlen könne, und welche Kosten man dem deutschen Steuerzahler auferlegen könne.

Unter den Zeitungskommentaren zu der Rede von Klotz hebt ein Pariser Bericht des W. Z. B. einen Artikel des rechtsstehenden „Intransigant“ hervor, der die Sinnlosigkeit der Klotz'schen Berechnungen, demotiviert. Wenn Deutschland allein binnen 36 Jahren 463 Milliarden zahlen sollte, so schulde es den Alliierten überhaupt 900 Milliarden. So viel könne Deutschland um so weniger zahlen, als, was Klotz übersehen, seine Produktionskraft nicht mehr dieselbe sei, wie vor dem Kriege. Deutschlands Bevölkerungszahl sei vermindert, sein Geburtenüberschuss herabgedrückt, der Weltmarkt sei ihm abgeschnitten, seine Kolonien verloren, die Bodenschätze Elsaß-Lothringens abgetreten. Die Hoffnungen auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit seien also abenteuerlich. Frankreich solle auf sich selbst zählen, zumal es seinen Schuldner mit Sorgfalt behandeln müsse.

Russisch-estnische Verhandlungen.

os Rotterdam, 8. September.

Im Gegensatz zu den Nachrichten, nach denen die bolschewistische Regierung der Regierung von Estland ein Friedensangebot gemacht habe, das von der estländischen Regierung abgelehnt wurde, berichtet der „Times“-Korrespondent aus Helsinki, der aus Reval nach der finnischen Hauptstadt zurück-

gekehrt ist, er habe die bestimmte Versicherung erhalten, daß die estländische Regierung den Friedensvertrag mit den Bolschewisten angenommen habe, und zwar auf der Basis der Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit, der Unverletzlichkeit der nationalen Grenzen und der Rückkehr der estnischen Gefangenen. Als einzige Gegenleistung wurde von den Bolschewisten verlangt, daß Estland nicht als Basis für die Verhandlungen mit den Bolschewisten benutzt würde. Die englischen Behörden hätten darauf bestanden, daß die Unterhandlungen nicht auf estnischem Gebiet geführt werden. Sie wollen dadurch verhindern, daß die „roten“ Delegierten dort Propaganda treiben.

Der Treu-Eid der Beamten.

Von zuständiger Seite wird dem W. Z. B. geschrieben: Der Beamtenausschuß der „deutschnationalen Volkspartei“ hat es für angemessen gehalten, den Beschluß, in dem er die vorgeschriebene Vereidigungsformel als „widerständig und sprachwidrig“ bezeichnet, der Reichsregierung zu übermitteln. Er erwartet wohl selbst nicht, daß sich die Regierung auf eine philologische Diskussion über die Bedeutung des Wortes „Treu“ mit ihm einlassen werde. Der Sinn der Eidesformel ist klar für jeden, der sie verstehen will und ihr nicht innerlich widerstrebt. Denen, die es mit ihrer Ueberzeugung nicht glauben vereinigen zu können, sich der Republik zu freiem Dienst zu verpflichten, hat die Reichsregierung durch das „Gesetz über die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens“ einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Beamte, die sich weigern sollten, den Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten, würden dadurch selbstverständlich ihre Verbleiben im Dienste der deutschen Republik unmöglich machen.

Die Heimführung der Kriegsgefangenen

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Kassel, 8. September.

Die Entlassung der Kriegsgefangenen ist in vollem Gange. Seit heute früh treffen Transporthilfen mit entlassenen Kriegsgefangenen aus den Durchgangslagern Gießen und Bimburg in bestimmter Reihenfolge ein. In diesen Lagern kommen täglich mehrere hundert Gefangene zur ordnungsmäßigen Entlassung. Die Entlassenen sprechen sich höchst befriedigt über den glatten Verlauf des Entlassungsgeschäftes aus. Künftig treffen täglich zwei Züge in Kassel ein.

Wien, 8. September. (W. Z. B.)

In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutsch-Weiden englische Sonderzüge mit rund 7000 und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegsgefangenen an, ferner aus England mit Dampfer über Rotterdam 4000, über Koblenz-Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14 000 Gefangene.

mp Rom, 8. September.

Wie ich erfahre, ist auf Grund direkter Aussprache zwischen der deutschen und der italienischen Regierung die Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen in Italien so weit entschieden worden, daß nächster Tage in Florenz ein deutscher Zug enttreffen wird, der Gefangene in die Heimat befördern soll. Es handelt sich, wie bereits mitgeteilt, um im ganzen 387 Mann.

Versailles, 7. September. (W. Z. B.)

Nach dem „Temps“ hat Major Drouot, deutscher Kommissar für den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen, die Erlaubnis erhalten, einige Gefangenenlager zu besuchen.

Bei seiner vorübergehenden Anwesenheit in Berlin hat der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles auch mit dem zweiten Vorsitzenden des Völkerbundes zum Schutz der Kriegs- und Zivilgefangenen Rittmeister Frhr. v. Dersner Stellung genommen und ihn ausführlich über den Stand der Frage des Abtransportes der Kriegs- und Zivilgefangenen orientiert, insbesondere um auch die Schritte mitgeteilt, die von der deutschen Regierung zugunsten der baldigen Rückkehr der Kriegsgefangenen unternommen worden sind und noch unternommen werden.

Die türkische Gegenregierung.

Versailles, 8. September. (W. Z. B.)

Nach Meldungen aus Athen ist man in Konstantinopel seit einigen Tagen ohne Nachricht von dem Generalinspektor der türkischen Gendarmerie Kemal Pascha, der nach Kleinasien geschickt worden ist. Einer Meldung zufolge soll er in die Hände Keuf Pascha, der zusammen mit Mustapha Kamel die Bewegung in Kleinasien gegen die Regierung in Konstantinopel organisierte, gefallen sein und als Geiseln zurückgehalten werden. Nach einer anderen Nachricht hat er sich zum Generalgouverneur von Anatolien ausrufen lassen und das Land in drei Militärbezirke eingeteilt. Er soll den Balis und Telegraphenbeamten bei Todesstrafe befohlen haben, ihm sofort alle Befehle mitzuteilen, die sie von der Zentralregierung in Konstantinopel erhalten.

Sozialpolitik in Amerika.

Von
E. A. Bratter.

Die Post aus Amerika, die vom Ausbruch des Weltkrieges bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg unregelmäßig, seither gar nicht nach Deutschland gelangt war, beginnt uns wieder zu erreichen. Jedes Zeitungsblatt, jeder Brief zeigt uns, daß wir über die amerikanischen Angelegenheiten der letzten fünf Jahre nicht auf dem laufenden sind. Nur die ganz großen Ereignisse, die mit der Beteiligung Amerikas am Krieg im engsten Zusammenhang stehen, sind — und auch sie nur in den größten Umrissen — zu unserer Kenntnis gelangt. Daneben auch einige Zustände, die übrigens auch in irgend welchen Beziehungen zum Kriege standen, und eine Reihe von Todesfällen: Andrew D. White, Roosevelt, Carnegie. Von der Einwirkung des Krieges auf das politische, wirtschaftliche, soziale Gefüge des riesenlandes kaum eine Andeutung. Jetzt fängt es an, heller zu werden. Weniger aus Zeitungen mit ihren „disjointed members“, ihren zusammenhanglosen Berichten für den Tag, als aus Büchern, die im letzten und in diesem Jahre über das Thema „Amerika und der Krieg“ drüben geschrieben wurden, erkennt man, welche durchgreifende Wandlungen der Weltkrieg in der nordamerikanischen Union hervorgebracht hat. Und die Kenntnis dieser Wandlungen läßt uns ahnen, welchen Entwicklungsgang die Union in der nächsten Zukunft nehmen wird.

Es hat sich tatsächlich drüben viel geändert, was wurzelt im Boden der Verfassung, der politischen und sozialen Ueberlieferung und Übung zu ruhen schien. Dem Amerikaner selbst, der an die kurze Zeitspanne von 10 Jahren zurückdenkt, wird es unbegreiflich erscheinen, daß das Frauenstimmrecht zur Tatsache geworden ist, daß führende Politiker der beiden großen Parteien sich vereinigt haben, ein Prohibitionsgesetz für das ganze Land durchzusetzen (beiläufig bemerkt: das deutlichste Anzeichen des dahingeschwundenen deutsch-amerikanischen Einflusses, an dem früher alle dahingehenden Versuche scheiterten), daß Wall Street für die Uebernahme großer Betriebe in Regierungseigentum Propaganda macht, daß Industriekapitane unter die Sozialpolitiker gegangen sind. Aber es ist noch viel mehr geschehen in diesen drei Jahren. Der Grundpfeiler, auf dem das geschäftliche und industrielle Leben Amerikas, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit ruhen, ist ins Wanken geraten: das Prinzip des *laissez-faire*, *laissez-aller*, der möglichst geringen Einmischung des Staates in das wirtschaftliche und soziale Getriebe des Landes. Und Hand in Hand mit der zunehmenden Erweiterung der bundesstaatlichen Gewalten auf Kosten der individuellen und wirtschaftlichen Freiheit läuft das Bestreben einher, die Macht des Kongresses einzuschränken und darüber hinaus, ganz neue staatsverhaltende Faktoren an Stelle des „alten Systems“ zu schaffen. Man sucht tastend nach Stützen, nach Sicherheiten, nach Schutzwehren in dem Ringkampf zwischen Kapital und Arbeit, der, wie jeder einseitige Amerikaner weiß, unausbleiblich ist und der alles weit hinter sich lassen wird, was je auf diesem Gebiet ausgekämpft worden ist.

Gerade dieses Gebiet ist es, auf dem sich in den letzten drei Jahren der schärfste Wandel zu vollziehen begonnen hat. Neunzehnhundertvierzehn wurde dem amerikanischen Arbeiter gesagt: „Die Arbeit ist ein Bedarfsgegenstand, eine „commodity“. Die Löhne werden nicht durch den Wert des Arbeitsprodukts bestimmt, und ihre Festsetzung wird durch keine ethischen Erwägungen beeinflusst. Wie jede andere „commodity“ wird auch die Arbeit auf dem billigsten Markt beschafft; die Löhne stellen daher die niedrigste Ziffer dar, zu der der Arbeiter veranlaßt werden kann, zu arbeiten.“ So hieß es, wie gesagt, 1914, nein, gelegentlich noch 1917. Im Sommer 1918 kam eine Zwei-Männer-Kommission nach Pennsylvania, um einen Streit zu schlichten. Die beiden waren Vertrauensmänner des „National War Labor Board“, des nationalen Kriegsarbeitsamts, und der eine von ihnen war der einflussreiche Arbeiterführer Frank P. Walsh. Die Arbeiter verdienten 22 Cents die Stunde und streikten, weil sie 30 Cents haben wollten. Die Kommission hörte sie an und bewilligte ihnen dann — 40 Cents. Vom Amts- und Obrigkeitlichen wegen. Welcher Antebellum-Amerikaner hätte das für möglich gehalten? Und wer hätte geglaubt, daß kein anderer als William Howard Taft (der sich als Präsident, ganz in den Fesseln des Kapitalismus, als sozialpolitischer Reaktionsär schlimmster Art erwiesen hatte) ausständigen Fabrikarbeitern sagen würde: Ihr verlangt ja viel zu wenig, ihr müßt mehr haben? Denn W. H. Taft war das zweite Mitglied der Kommission, die den Streit in Pennsylvania geschlichtet hatte.

Über noch bedeutungsvoller als dieser symptomatisch hochwichtige Schiedsspruch, bedeutungsvoller als die Beteiligung eines früheren Reaktionsärs an seinem Zustandekommen ist die starke Autorität, mit der das „National War Labor Board“ in den Streit zwischen Kapital und Arbeit eingriff und noch eingreift. Das alte System der Nichtmischung des Staates ist völlig über den Haufen geworfen. Unter dem